associations d'automobilistes ont clairement rejeté la proposition. Il serait dès lors inopportun et mal compris que l'on s'attaque en l'état à cette seule modification de la LCR. Le message relatif à cette révision nous est promis pour la fin de cette année, et la commission vous propose de ne rien faire dans l'intervalle.

Quand bien même la majorité de la commission admet que la communication de renseignements sur les détenteurs de véhicules peut poser des problèmes au niveau de la protection des données et entraîner des désagréments, elle n'accepte quand même pas de donner suite à l'initiative parlementaire Ruf, cela pour trois raisons:

- 1. La suppression de cette publication et son remplacement par la demande de renseignements auprès des offices cantonaux de circulation routière, avec la preuve par la vraisemblance, implique une procédure écrite, puisqu'il s'agit d'examiner si un tel intérêt suffisant existe. Cela a pour conséquence un travail administratif considérable pour les cantons, qui ne pourraient effectuer cette mission sans engager davantage de personnel. Je signale au passage qu'il y a environ 200 000 demandes par année.
- 2. La commission relève encore que, si quelqu'un devait se sentir menacé par la publication de la liste des détenteurs de véhicules, celui-ci pourrait toujours demander, sans difficulté, que son nom soit biffé de la liste.
- 3. Enfin, et c'est là un avis personnel, je ne pense pas que les dangers relevés par l'initiant se réalisent souvent. Si de tels cas devaient se produire, c'est en général dans le cadre d'autres difficultés, difficultés qui occupent déjà la justice. Vous pouvez faire confiance à celui qui vous parle et par lequel ont passé, pendant 20 ans, toutes les plaintes pénales pour une population d'environ 100 000 habitants.

En conclusion, la majorité de la commission, sans dénier l'intérêt du problème soulevé par l'initiative parlementaire, vous propose de ne pas y donner suite et de réexaminer la question dans le cadre de la révision générale de la LCR.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit
(keine Folge geben)
Für den Antrag der Minderheit
(Folge geben)

101 Stimmen

40 Stimmen

97.435

Parlamentarische Initiative (Gross Andreas)
Aufhebung des Zivilschutzobligatoriums Initiative parlementaire (Gross Andreas)
Protection civile.
Suppression de l'obligation de servir

Kategorie IV, Art. 68 GRN - Catégorie IV, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 8. Oktober 1997

Gestützt auf Artikel 93 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

Von Artikel 22bis Absatz 4 der Bundesverfassung, wonach die Schutzdienstpflicht bloss gesetzlich und nicht in der Verfassung verankert ist, ist dahingehend Gebrauch zu machen, dass im geltenden Zivilschutzgesetz das Dienstobligatorium aufzuheben sowie der Zivilschutz auf der Basis der Freiwilligkeit der Dienstleistenden und mit Schwergewicht auf den neuen zivilen Aufgaben neu zu organisieren ist.

Texte de l'initiative du 8 octobre 1997

Me fondant sur l'article 93 alinéa 1 er de la Constitution fédérale et sur l'article 21 bis de la loi sur les rapports entre les Conseils, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une demande conçue en termes généraux:

On supprimera l'obligation de servir figurant dans la loi sur la protection civile et on réorganisera cette dernière sur la base du volontariat en lui confiant de nouvelles tâches. Il suffira de modifier la loi en question puisque l'obligation de servir dans la protection civile ne figure pas en tant que telle dans l'article 22bis alinéa 4 de la Constitution fédérale, lequel ne fait qu'autoriser la Confédération à instituer par la loi le service obligatoire.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Baumann Stephanie, Borel, Burgener, de Dardel, Fankhauser, Gysin Remo, Herczog, Jutzet, Rechsteiner Paul, Rennwald, Ruffy, Semadeni, Strahm, Stump, Thanei, Vermot, von Felten, Weber Agnes, Widmer, Zbinden (21)

Bonny Jean-Pierre (R, BE) unterbreitet im Namen der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Die SiK-NR prüfte, gestützt auf Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes, an ihrer Sitzung vom 26. Mai 1998 die am 8. Oktober 1997 von Nationalrat Andreas Gross eingereichte parlamentarische Initiative.

Diese verlangt, dass im Zivilschutzgesetz das Dienstobligatorium aufgehoben und der Zivilschutz auf der Basis der Freiwilligkeit und mit Schwergewicht auf den neuen zivilen Aufgaben neu organisiert wird.

Ausgangslage

Der Zivilschutz ist seit dem 24. Mai 1959, als das Volk der Aufnahme von Artikel 22bis in die Bundesverfassung zustimmte, eine nationale Einrichtung. Gemäss Absatz 4 dieses Artikels ist der Bund befugt, für Männer die Schutzdienstpflicht durch Bundesgesetz einzuführen. Dieser Grundsatz wurde in Artikel 14 des Bundesgesetzes vom 23. März 1962 über den Zivilschutz (ZSG; SR 520.1) verankert.

Die Frage der Schutzdienstpflicht wurde bereits Mitte der neunziger Jahre anlässlich der Revision der Zivilschutzgesetzgebung diskutiert. Der Bundesrat wies in seiner Botschaft vom August 1993 darauf hin, dass der Zivilschutz aufgrund der besonderen Bedingungen in der Schweiz seine Aufgaben nicht allein mit Freiwilligen erfüllen könne und dass sich deshalb wie bei vielen Aufgaben innerhalb eines Milizsystems auch hier die Dienstpflicht aufdränge. Bei der parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfes beantragte eine Minderheit im Nationalrat, dieses Prinzip im entsprechenden Artikel des ZSG mit der Formulierung «sind in der Regel schutzdienstpflichtig» zu relativieren. Sie begründete dies damit, dass die Schutzdienstpflicht nicht mehr absolut interpretiert werde und dass Personen, die sich aus Gewissensgründen weigern, Zivilschutzdienst zu leisten, mangels eines entsprechenden zivilen Ersatzdienstes zu Gefängnisstrafen verurteilt würden. Am 30. Mai 1994 hielt der Nationalrat mit 82 gegen 33 Stimmen an der Schutzdienstpflicht fest. Die Entwicklung des Zivilschutzes wird von den Anpassungen im Rahmen des Zivilschutzkonzeptes 95 sowie von den aktuellen Umstrukturierungen des Departementes für Verteidigung. Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) geprägt. Von Bedeutung sind dabei folgende Punkte:

Der Zivilschutz ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden und basiert auf dem Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz und auf dem 1992 erstellten Zivilschutzleitbild. Der «Zivilschutz 95» ist in der Praxis noch nicht durchwegs umgesetzt worden, dies vor allem darum, weil es sich um eine Milizorganisation handelt. Verschiedene Probleme sind noch nicht gelöst worden. So hat die Herabsetzung des Ausmusterungsalters um acht Jahre eine beträchtliche Kaderverringerung mit sich gebracht. Gewisse Gemeinden gehen ausserdem nur zögerlich an die Verwirklichung des Regionalisierungskonzeptes heran. Dessen unge-



achtet ist die Organisation bereits umstrukturiert worden: Von den ursprünglich 3000 kommunalen Zivilschutzorganisationen bestehen heute noch 1700; diese sollen mit der Zeit auf rund 1200 reduziert werden. Gewisse Dienste wurden zusammengelegt, womit auch die Bestände im Rettungsbereich verringert wurden. Die Rettungszüge sollen um ein Drittel verringert und mit modernem Material ausgerüstet werden.

Um den in gewissen Bereichen bestehenden Überbeständen entgegenzuwirken, wurde im November 1996 die Verordnung über die Personalreserve im Zivilschutz (SR 520.13) erlassen. Nach Auffassung des VBS muss die Frage der Schutzdienstpflicht sowie des Bevölkerungsschutzes im Rahmen der Diskussion um die «Armee 200X» geprüft werden. Vorderhand ist aufgrund der hohen Bestände vorgesehen, dass der Bundesrat die Schutzdienstpflicht um zwei Jahre verkürzt (von 52 auf 50 Jahre), wozu er gemäss Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe b befugt ist. Ausserdem wurde ein Konzept zur Bewirtschaftung der Schutzräume eingeführt, um ein Überangebot an Schutzräumen zu vermeiden. Ferner wurden Massnahmen im logistischen Bereich getroffen (Aufhebung der Lagerung nicht verderblicher Güter).

Das VBS nimmt eine konzeptuelle Analyse vor, um eine eigentliche Gesamtkonzeption für den Bevölkerungsschutz zu erarbeiten. Ziel des Bevölkerungsschutzes ist der Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter bei Naturkatastrophen, in Notlagen und gegen machtpolitische Auswirkungen. Ebenfalls dazu gehören die Erkennung von Existenzbedrohungen und die Abschätzung der potentiellen Auswirkungen, die Risikoanalyse, das Risikomanagement und die Risikoverhinderung. Diese Arbeit liesse sich beispielsweise in einem künftigen Bundesamt für Bevölkerungsschutz leisten, welches das Bundesamt für Zivilschutz (BZS), die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) und die Nationale Alarmzentrale integrieren würde. Diese neue Struktur sollte ab dem 1. Januar 1999 umgesetzt werden und u. a. folgende konzeptuellen Aufgaben umfassen:

- Strategie, Studien und Konzeption;
- Führungs- und Stabsausbildung (bisher von der ZGV wahrgenommen);
- Frühwarnung (ein auszubauender Bereich);
- Infrastruktur (Material, Bauten);
- koordinierte Dienste auf der Stufe von Bund und Kantonen.
 Beim Bevölkerungsschutz würden sich der Bund und die Kantone weiterhin in die Kompetenzen teilen.

Begründung der Initiative

Der Zivilschutz ist heute eine der ganz wenigen öffentlichen Einrichtungen, in denen zu viele Personen mit zu wenig Aufgaben betraut sind. Letzteres vor allem dort, wo am alten und überholten Aufgabenprofil des Zivilschutzes festgehalten wird und die im geltenden Recht mögliche Flexibilität zu wenig Anwendung findet. Dies führt zu viel zu grossen Kosten, demotivierten Dienstleistenden, Unmut in weiten Kreisen der Bevölkerung, Ineffizienz und Schlendrian. Dies kann sich unsere Gesellschaft heute nicht länger leisten. Von der Bereitschaft vieler Mitbürger zum Engagement ist klüger Gebrauch zu machen. Die Neuorganisation des Zivilschutzes soll nicht nur das Dienstobligatorium aufheben, sondern das Gesetz dahingehend präzisieren, dass die sinnvollen zivilen Aufgaben des Zivilschutzes künftig koordiniert mit anderen Schutzund Hilfsorganisationen erfüllt werden.

Bei seiner mündlichen Begründung an der SiK-Sitzung vom 26. Mai 1998 führte der Initiant verschiedene Gründe an, die für eine Aufhebung der Zivilschutzpflicht sprechen:

Der Staat darf den Bürger und die Bürgerin nur dann zu einer obligatorischen Dienstleistung verpflichten, wenn es um die Existenz der Gesellschaft geht. Der Dienstpflicht im Zivilschutzbereich lag ursprünglich die Idee zugrunde, die Bevölkerung vor den Gefahren eines Atomkrieges zu schützen. Diese Bedrohung ist heute in dieser Form nicht mehr gegeben.

Wir sind heute in einer Zeit des Übergangs. Das Bundesgesetz über den Zivilschutz ist am 1. Januar 1995 in Kraft getreten, aber von der Wirklichkeit bereits eingeholt worden. Verschiedene Gemeinden, so die Städte Zürich und Luzern, ver-

zichten darauf, Personen zu ahnden, die einem Aufgebot nicht nachkommen. Es ist nicht gerecht, dass gewisse Personen von dieser Pflicht befreit sind, andere dagegen nicht. Das Parlament ist dafür verantwortlich, dass alle Schweizer gleich behandelt werden.

Gewisse Aufgaben, die heute von Zivilschutzpflichtigen übernommen werden, beispielsweise die Betreuung Betagter und Behinderter oder Waldsäuberungen, rechtfertigen die Weiterführung eines Obligatoriums nicht.

Der Zivilschutz der Zukunft muss kleiner und professioneller sein. Tätigkeiten wie Katastropheneinsätze erfordern ein grosses Know-how. Für solche Aufgaben sind die heutigen Bestände schon heute teils überflüssig.

Wir müssen in Zukunft über soziale Leistungen gegenüber der Gemeinschaft nachdenken. Ein solcher Sozialdienst müsste allerdings freiwillig sein und entschädigt werden.

Erwägungen der Kommission

- Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass es unter den heutigen Umständen keinen Anlass gibt, die Zivilschutzgesetzgebung zu ändern. Der Reformbedarf wird zwar nicht bestritten, doch weisen nach Auffassung der Kommissionsmehrheit die bisher eingeleiteten Massnahmen in die richtige Richtung. Die Diskussion um die Schutzdienstpflicht kann nicht losgelöst von der laufenden Diskussion um die Zukunft unserer Sicherheitspolitik und ihrer verschiedenen Bestandteile («Armee 200X», Wehrpflicht, Milizsystem und Professionalisierung der Armee) geführt werden. Wir befinden uns in einer Übergangszeit, die für uns noch viele Unbekannte hat. Der Zeitpunkt für eine definitive Entscheidung ist deshalb noch nicht gegeben. Im künftigen Konzept wird die Landesverteidigung vielleicht in einen Miliz- und einen Berufszweig unterteilt sein. Das Prinzip der Dienstpflicht wird wahrscheinlich erhalten bleiben. Die einen werden im Solidaritätskorps, die anderen in der Armee und wieder andere im Zivilschutz Dienst leisten. Vielleicht werden wir eines Tages eine nationale Einrichtung haben, die der Gemeinschaft in verschiedenen Formen dient. Eine dieser Formen könnte der Zivilschutz sein. Die Initiative stellt diesbezüglich die richtigen Fragen, geht aber zu weit und gibt dort, wo ein Gesamtkonzept nötig ist, nur eine Teilantwort. Es ist deshalb unbedingt nötig, die laufenden Arbeiten abzuwarten, hauptsächlich jene in bezug auf die Zukunft unserer Sicherheitspolitik. Die langfristige Entwicklung wird u. a. vom Bericht über die Sicherheitspolitik, von der Konzeption und den Aufgaben der «Armee 200X» und des «Bevölkerungsschutzes 200X» sowie von den Empfehlungen der Studienkommission für eine allgemeine Dienstpflicht (SKAD) abhängen.

Die Mehrheit der Kommission ist auch der Meinung, dass eine Aufhebung der Schutzdienstpflicht schon deshalb abzulehnen sei, weil dadurch auch die Wehrpflicht in Frage gestellt werden könnte. Das Obligatorium bietet eine gesetzliche Grundlage, die es ermöglicht, im Bedarfsfall Leute aufzubieten, ohne vorerst individuelle Überzeugungsarbeit leisten zu müssen. Der Zivilschutz hat in erster Linie den Auftrag, die Feuerwehr, die Polizei und die Ambulanzen vor allem logistisch zu unterstützen. Das dafür erforderliche Personal (Logistik-, Transport-, Versorgungs- und Nachrichtendienste) kann nur bereitgestellt werden, wenn die Dienstpflicht aufrechterhalten wird. Ein solches System lässt sich nicht mit Freiwilligen betreiben. Eine Weiterführung der Dienstpflicht bedeutet indes nicht, dass jedes Jahr ein Ausbildungsdienst durchgeführt werden muss. Diese beiden Komponenten müssen voneinander getrennt werden.

Die Kommissionsmehrheit möchte auch betonen, dass ihrer Meinung nach heute bezüglich der Zuteilung neuer ziviler Aufgaben an den Zivilschutz keine Einigkeit herrscht. Obschon dem Zivilschutz heute verschiedene Aufgaben wie die Betreuung Behinderter oder Waldsäuberungen übertragen werden, gibt es viele Stimmen, die diese Entwicklung mit dem Argument kritisieren, dass es auf diesem Gebiet bereits genügend zivile Einrichtungen gebe und der Zivilschutz diese nicht konkurrenzieren sollte. Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit ist es deshalb noch verfrüht, dem Zivilschutz neue Aufgaben zuzuweisen. Diese Frage sollte im Rahmen

der parallel zur Armeereform 200X geführten Debatte über die Schaffung eines Gesamtkonzeptes für den Bevölkerungsschutz geprüft werden.

Ν

- Die Kommissionsminderheit schliesst sich den Argumenten des Initianten an. Ihrer Meinung nach ist es nicht sinnvoll, eine Dienstpflicht sozusagen «mit dem Knüppel» durchzusetzen. Die Dienstpflicht ist nicht mehr absolut, wie das Beispiel vieler Gemeinden zeigt, die bereits auf die Ausbildungskurse verzichten. Die Minderheit ist der Ansicht, dass die Frage neu diskutiert und dabei insbesondere an die Ausgestaltung eines Dienstes an der Gemeinschaft gedacht werden sollte. Vorstellbar wäre, die Erfüllung gewisser von der Gemeinschaft zu lösender Aufgaben (Betagtenbetreuung, Kulturgüterschutz, Sicherheitsdienste usw.) als Bürgerpflicht zu verankern, die als Ersatz für die Militärdienstpflicht gelten würde.

Bonny Jean-Pierre (R, BE) présente au nom de la Commission de la politique de sécurité (CPS) le rapport écrit suivant:

Lors de sa séance du 26 mai 1998, la CPS-CN a examiné, en vertu de l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les Conseils, l'initiative parlementaire déposée le 8 octobre 1997 par M. Andreas Gross, conseiller national.

L'initiative demande que l'on supprime l'obligation de servir figurant dans la loi sur la protection civile et que l'on réorganise cette dernière sur la base du volontariat tout en lui confiant de nouvelles tâches.

Situation de base

La protection civile est une institution nationale depuis que le peuple a approuvé, le 24 mai 1959, l'insertion de l'article 22bis dans la Constitution fédérale. Cet article 22bis autorise, à son alinéa 4, le Conseil fédéral à instituer par la loi le service obligatoire pour les hommes. Ce principe a été inscrit à l'article 14 de la loi fédérale du 23 mars 1962 sur la protection civile (RS 520.1).

La question de l'obligation de servir a déjà fait l'objet d'un débat lors de la révision de la législation sur la protection civile au milieu des années nonante. Dans le message qu'il adressait aux Chambres en août 1993, le Conseil fédéral indiquait qu'au vu des conditions spécifiques à la Suisse, la protection civile ne pouvait se contenter de volontaires pour l'accomplissement de ses tâches. Il stipulait que comme pour beaucoup de tâches, au sein d'un système de milice, le principe de l'obligation de servir s'imposait. Lors de l'examen du projet de loi par le Parlement, une minorité de conseillers nationaux proposait de relativiser le principe de l'obligation de servir en ajoutant l'expression «sont en règle générale tenus de servir dans la protection civile». Ils avançaient, d'une part, le fait qu'en réalité l'obligation n'était pas absolue et, d'autre part, l'absence d'un service civil condamnant les objecteurs de conscience à des peines de prison. Le 30 mai 1994, le Conseil national maintenait l'obligation de servir par 82 voix contre 33

Deux éléments influencent le développement de la protection civile. L'un est la poursuite des adaptations engagées dans le cadre de la «Protection civile 95», et l'autre, les restructurations en cours au sein du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) qui touchent également la protection civile. Dans le détail, les éléments suivants peuvent être relevés:

La protection civile comme service coordonné entre Confédération, cantons et communes se base sur le rapport 90 sur la politique de sécurité de la Suisse et sur le plan directeur de la protection civile mis sur pied en 1992. Le concept de la «Protection civile 95» n'est pas encore pleinement réalisé dans les faits, notamment parce qu'il s'agit d'une organisation de milice. Plusieurs problèmes n'ont pas encore été résolus. C'est ainsi que l'abaissement de huit ans de l'âge de la mise à l'écart a provoqué une diminution notable des cadres. Certaines communes se sont par ailleurs montrées peu empressées à réaliser le concept de régionalisation. Malgré ces réticences, l'organisation a été remodelée. Des 3000 organisations communales de protection civile existantes par le passé, il en reste aujourd'hui 1700; à terme, ce chiffre devrait avoisiner les 1200. Certains services ont été fusionnés, réduisant également le nombre de responsables en matière de sauvetage; le nombre des sections de sauvetage sera réduit d'un tiers et équipé de matériel moderne.

Pour lutter contre des effectifs par endroit trop importants, une ordonnance concernant le personnel de réserve de la protection civile a été introduite en novembre 1996 (RS 520.13). De l'avis du DDPS, la question de l'obligation de servir dans le cadre de la protection civile, mais aussi de la protection de la population devra être examinée en parallèle avec la discussion sur l'«Armée 200X». Dans l'intervalle, en raison des effectifs importants, il est prévu que le Conseil fédéral abaisse de deux ans l'âge jusqu'auquel les personnes sont astreintes à la protection civile (de 52 à 50 ans), comme la loi fédérale sur la protection civile l'autorise à son article 16 alinéa 2 lettre b. Par ailleurs, un concept de gestion des abris a été introduit pour éviter un nombre trop important d'abris. Des mesures d'ordre logistique ont également été prises (suppression des stocks de denrées non périssables).

À l'heure actuelle, le DDPS procède à une analyse conceptuelle devant à terme permettre l'instauration d'une véritable conception générale pour la protection de la population. La protection de la population a pour but de protéger la population et les biens culturels contre les effets de catastrophes naturelles, de situations extraordinaires, ainsi que contre les conséquences de politiques de puissance. Elle vise aussi à détecter les dangers existentiels et à étudier les conséquences potentielles, à analyser et gérer des risques et à les prévenir. Cette réflexion pourrait par exemple être concrétisée par la création d'un office de la protection de la population qui pourrait regrouper l'actuel Office fédéral de la protection civile (OFPC), l'Office central de la défense (OCD) et la Centrale nationale d'alarme. Cette nouvelle structure devrait opérer à partir du 1er janvier 1999. Elle devrait se voir confier différentes tâches conceptuelles telles que:

- stratégie, études et conception;
- formation des appareils de conduite, des états-majors, tâche assumée jusqu'ici par l'OCD;
- préalerte, élément qui devra être renforcé;
- infrastructure (matériel, constructions);
- services coordonnés à l'échelon de la Confédération et des cantons

La protection de la population restera un domaine où les compétences seront partagées entre Confédération et can-

Développement de l'initiative

La protection civile est aujourd'hui l'une des très rares organisations publiques dans lesquelles trop de personnes ont trop peu de travail. Ce constat s'applique avant tout aux secteurs où perdure la vieille organisation des tâches, aujourd'hui dépassée, et où l'on ne fait pas suffisamment usage de la souplesse qu'autorise le droit en vigueur. Cette situation aboutit à des coûts bien trop élevés, à la démotivation des personnes qui servent dans la protection civile, au mécontentement de nombreux milieux de la population, à l'inefficacité et à la routine. Notre société ne peut plus se permettre de soutenir un tel système. Il faut tirer un meilleur parti de la volonté de nombreux citoyens de s'engager en faveur de la communauté. Réorganiser la protection civile ne devra pas consister uniquement à supprimer l'obligation de servir; il faudra aussi modifier la loi de manière à ce que la protection civile puisse assumer de nouvelles tâches, en collaboration avec d'autres organisations d'entraide et de protection.

L'initiant a présenté ses arguments oralement lors de la séance de la CPS du 26 mai 1998. A cette occasion, il a tenu à ajouter que plusieurs raisons parlent en faveur d'un abandon de l'obligation de servir:

L'Etat n'a le droit d'engager le citoyen à effectuer un service à la communauté obligatoire que s'il en va de l'existence de la collectivité. L'obligation de servir dans le domaine de la protection civile est historiquement issue de la nécessité de parer aux dangers d'un conflit nucléaire, menace qui aujourd'hui n'existe plus sous cette forme.



Nous nous trouvons aujourd'hui dans une situation de transition. La loi fédérale sur la protection civile est entrée en vigueur le 1er janvier 1995 et a déjà été rattrapée par la réalité. Plusieurs communes, notamment celles de Zurich et Lucerne, ont renoncé à poursuivre les personnes qui ne se présentent pas aux convocations. Pour l'équité, il n'est pas correct que, dans les faits, certaines personnes échappent à cette obligation de servir alors que d'autres ne le peuvent pas. Il est de la responsabilité du Parlement de veiller à ce que l'ensemble des citoyens soient traités de la même manière.

Certaines tâches assumées par la protection civile aujourd'hui, telles que l'aide à des personnes âgées ou invalides ou le nettoyage de forêts ne justifient pas le maintien d'une obligation de servir.

La protection civile de demain devra être plus professionnelle et reposer sur des effectifs réduits. Des domaines tels que l'intervention en cas de catastrophe requièrent un savoir-faire élevé. Dans ce contexte, il apparaît déjà qu'une partie des effectifs seront superflus.

A l'avenir, la question du service social à la collectivité devra être discutée; un tel service devrait cependant être volontaire et rétribué.

Considérations de la commission

- La majorité de la commission estime qu'en l'état actuel des choses, il n'y a pas lieu de modifier la législation dans ce domaine. Si la nécessité de réformer la protection civile n'est pas contestée, la majorité est d'avis que les mesures prises à ce jour vont dans le bon sens. La discussion concernant l'obligation de servir ne peut être séparée de la discussion en cours sur l'avenir de notre politique de sécurité et ses diverses composantes («Armée 200X», obligation de servir, système de milice et professionnalisation de l'armée). On se trouve dans une période de transition dont on n'a pas cerné toutes les données et dont on a pas encore tiré toutes les conclusions. Ce n'est pas le moment de prendre une décision définitive. Dans la future conception de la défense nationale, il y aura peut être une partie milice et une partie professionnelle. Il est probable que le principe de l'obligation de servir demeurera. Il y aura des gens dans le corps de solidarité, d'autres dans l'armée, d'autres encore dans la protection civile. On verra peut-être un jour un service national à la communauté qui pourra prendre différentes formes. La protection civile pourrait être une des affectations possibles. Dans ce contexte, l'initiative pose de bonnes questions, mais va trop vite et ne propose qu'une réponse partielle là où il faut définir une conception d'ensemble. Il est par conséquent impératif d'attendre les résultats des travaux en cours, notamment en ce qui concerne l'avenir de notre politique de sécurité. L'évolution à plus long terme dépendra notamment du rapport sur la politique de sécurité, de la doctrine et des missions de l'«Armée 200X» et de la protection de la population 200X, ainsi que des recommandations du groupe d'étude mandaté pour étudier la question de l'obligation de servir (Studienkommission für eine allgemeine Dienstpflicht; SKAD).

La majorité de la commission estime en outre que la suppression de l'obligation de servir dans la protection civile pourrait aussi remettre en cause l'obligation de servir dans l'armée, et doit par conséquent être rejetée. Si le principe doit être maintenu, son application laisse une certaine marge de manoeuvre. En effet, l'obligation fournit une base légale permettant de répondre en cas de besoin, sans avoir recours à la persuasion individuelle. La protection civile consiste surtout en un service d'appui qui vient compléter le travail des pompiers, de la police et des ambulanciers en fournissant un appui essentiellement logistique. Le personnel nécessaire à ces tâches (logistique, transport, ravitaillement, communication) ne peut être garanti que si le principe de l'obligation de servir est maintenu. Un tel système ne peut pas fonctionner sur la base d'un volontariat. Le maintien de l'obligation de servir ne signifie en revanche pas forcément qu'il faille organiser un service d'instruction chaque année. Les deux éléments doivent être séparés.

La majorité tient aussi à relever que, de son point de vue, il n'y a actuellement pas de consensus concernant l'attribution

de tâches civiles supplémentaires à la protection civile. Si, de facto, celle-ci s'est vue confier différentes tâches telles que l'aide aux personnes handicapées ou le nettoyage de forêts, plusieurs voix se sont déjà élevées pour critiquer cette évolution, arguant qu'il y avait déjà suffisamment d'organismes civils impliqués, et que par conséquent la protection civile ne devait pas entrer en concurrence avec ces institutions. Dans ce contexte, la majorité estime qu'il est prématuré de vouloir lui confier de nouvelles tâches. Cette question devrait être examinée dans le cadre des discussions qui auront lieu au sujet de la mise sur pied d'une conception générale de la protection de la population, parallèlement à la réforme de l'«Armée 200X».

– La minorité de la commission se rallie aux arguments de l'initiant. Selon elle, il n'y a pas de sens à maintenir une obligation avec «la menace du gourdin». L'obligation de servir n'est plus si absolue, comme en témoigne le fait que bon nombre de communes aient déjà laissé tomber les cours d'instruction. La minorité estime qu'il est nécessaire de réexaminer la question, notamment dans le sens d'une définition d'un service à la communauté. On pourrait imaginer une obligation civique pour les problèmes devant être réglés par la communauté (aide aux handicapés, protection des biens culturels, services de sécurité, etc.). Dans ce cadre une obligation de servir pourrait être justifiée comme solution de remplacement à l'obligation d'effectuer du service militaire.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 14 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen:

Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Minderheit

(Haering Binder, Alder, Burgener, Carobbio, Chiffelle, Meier Hans)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la commission

La commission propose, par 14 voix contre 8 et avec 3 abstentions:

Majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Minorité

(Haering Binder, Alder, Burgener, Carobbio, Chiffelle, Meier Hans)

Donner suite à l'initiative

Gross Andreas (S, ZH): Ich weiss, dass Sie Ihren Sack schon gepackt haben, dass Sie schon unterwegs sein möchten, aber ich möchte Ihnen noch eine Frage unterbreiten, die viele in diesem Land interessiert: Entsprechen die gesetzlichen Verpflichtungen, die allen Gemeinden, allen Kantonen und auch jedem Bürger im Zivilschutz auferlegt werden, heute unserer Zeit noch?

Ich weiss nicht, ob Ihnen bewusst ist, dass beispielsweise das Zivilschutzobligatorium nur gesetzlich und nicht in der Bundesverfassung verankert ist. Das war im Jahre 1958 eine Konzession, nachdem der Zivilschutz in der ersten Volksabstimmung von 1957 über die verfassungsrechtliche Verankerung des Zivilschutzes abgelehnt worden war, obwohl man damals meinte, er sei nötig, damit die Schweiz einen Atomkrieg überleben könne. Man hat dann als Konzession im Hinblick auf die zweite Volksabstimmung das Obligatorium auf Gesetzesebene gestellt, um damit im Sinne eines Kompromisses durchzukommen. Damit wollte uns der Verfassunggeber damals zeigen, dass man in anderen Zeiten, in denen diese Krisengefahr nicht mehr existiert, durchaus darauf zurückkommen kann, ohne die Bundesverfassung ändern zu müssen. Man wollte die Möglichkeit schaffen, die Menschen später, wenn einmal nicht mehr 300 000 Leute für diesen Dienst nötig wären, einfacher aus dieser Pflicht zu entlassen. Denn – das war immer die Idee – der Bürger und eventuell auch die Bürgerin können nur zu staatlichen Diensten verpflichtet werden, wenn die Existenz der Gesellschaft auf dem Spiel steht. Heute geben die meisten zu – es steht z. B. auch



im Bericht der berühmten Kommission Brunner -, dass dieser Zwang nicht mehr existiert. Die Bedrohungsgrundlage, auf welcher das Zivilschutzobligatorium beruht, besteht heute nicht mehr.

Ν

Auch wenn die Gesetzeswirklichkeit diese neue politische Wirklichkeit noch nicht aufgefangen hat, handeln die Menschen in vielen Teilen des Landes schon so. Eine Solothurner Gemeinde hat z. B. kürzlich beschlossen, keine Gelder mehr für den Zivilschutz auszugeben. Der Kanton Genf verzichtet darauf, die Menschen für den Zivilschutz auszubilden; er widersetzt sich also eigentlich dem Gesetz. Viele Gemeinden und Städte bieten die Bürger gar nicht mehr auf, und wenn sie es doch tun, dürfen die Aufgebotenen im Zivilschutz glücklicherweise andere Dinge tun als die, für welche der Zivilschutz eigentlich gedacht gewesen ist.

Ich möchte Sie einladen, die Gesetzeswirklichkeit wieder einigermassen in Übereinstimmung mit der realen Wirklichkeit zu bringen. Das Gesetz hinkt immer der Wirklichkeit hintennach, aber wenn diese Kluft zu gross ist, verlieren wir die Legitimität auch bei anderen Gesetzen, die wir immer noch einhalten möchten.

Deshalb schlage ich Ihnen vor, dass wir von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch machen und uns überlegen, ob dieses Obligatorium wirklich noch am Platze ist.

In der ersten Runde der Behandlung einer parlamentarischen Initiative geht es darum, sich zu fragen, ob hier ein Handlungsbedarf besteht und es nicht tatsächlich so ist, dass wir die Gesetzeswirklichkeit der neuen politischen und sozialen Wirklichkeit anpassen müssten. Erst in einer zweiten Runde geht es um die Details, wo ich dann auch für andere Optionen offen bin als jene, die ich hier vorschlage.

Es ist bei vielen Behörden in unserem Land unbestritten, dass wir im Zivilschutz nicht so viele Menschen brauchen und sie in Zukunft für anderes gebraucht werden als für die Verhinderung von Kriegen, die heute als Bedrohung so gar nicht mehr existieren.

Deshalb lade ich Sie ein, trotz dieser unmöglichen Stunde hier einen Schritt in Richtung einer Zukunft zu tun, die noch wichtiger ist - wenn Sie erlauben, das zu sagen - als ein glücklicher Heimweg, den ich Ihnen auch wünsche.

Langenberger Christiane (R, VD): Monsieur Gross, vous êtes aussi bien placé que moi pour savoir que nous n'en sommes plus à une vaste organisation de la protection civile, mais qu'avec la régionalisation, pratiquement tous les cantons ont fortement limité la formation de ceux qui font de la protection civile. Exemple du canton de Vaud: nous ne formons plus que 6000 personnes, et encore de manière très restreinte, pour avoir uniquement des personnes qui interviennent en cas de besoin. Ma question est la suivante: qui interviendra, à votre avis, pour venir en aide aux sapeurspompiers exténués lors de gros engagements? Qui va s'occuper du problème des requérants d'asile dans le cadre de leur hébergement et de leur prise en charge?

Gross Andreas (S, ZH): Frau Langenberger, Sie kommen mir eigentlich schon sehr entgegen. Denn ich bin mit Ihnen einverstanden, dass Zivilschutzdienstleistende dafür gebraucht werden könnten, Asylbewerber zu betreuen. Aber dafür müssen sie ausgebildet werden, da sind wir uns einig, und man kann wahrscheinlich jemanden, der nicht dafür motiviert ist, der das nicht machen möchte, nicht dazu zwingen. Es braucht, wie Sie selber gesagt haben, niemals so viele, wie heute auf obligatorischer Basis noch im Zivilschutz wären. Das heisst, Sie stellen mir eigentlich eine Frage, die relevant ist und die wir in einer zweiten Runde beantworten müssen, wenn wir das Obligatorium aufgehoben haben. Denn es ist eine noch viel fundamentalere Problematik, dass es offenbar Leute gibt, die bereit sind, sich für die Asylbewerber oder für die Altenbetreuung zu engagieren, andere aber einfach nichts mehr tun. Es besteht zum Beispiel das nicht, was man im Militär als Wehrgerechtigkeit bezeichnet. Diese Gerechtigkeit muss es aber geben, denn es ist nicht richtig, dass einer einfach zufälligerweise durch die Maschen schlüpft, während

In diesem Sinn müssten Sie eigentlich meiner parlamentarischen Initiative zustimmen, weil Sie schon weit voran sind und wissen, dass wir für die Gesellschaft Dienstleistende brauchen, aber nicht für das, was der Zivilschutz ursprünglich wollte, und nicht so viele, wie der Nation aufgrund des Obligatoriums zur Verfügung stehen würden.

Haering Binder Barbara (S, ZH): Die Diskussionen innerhalb der Sicherheitspolitischen Kommission und das Hearing mit den entsprechenden Fachleuten haben deutlich werden lassen - und darüber bestand Einigkeit -, dass Form und Inhalt des heutigen Zivilschutzes nicht mehr zeit- und problemadäquat und deshalb äusserst revisionsbedürftig sind. Im Bereich der Zivilschutzbauten haben wir diese Schritte bereits gemacht; im Bereich der Personalausbildung geschieht das mitunter schleichend, indem die gesetzliche Vorgabe im Prinzip nicht mehr erfüllt wird. Das hat auch das Votum von Frau Langenberger deutlich gemacht.

Der Zivilschutz ist damit im weitesten Sinn – und zwar sowohl was seine Form wie auch was seinen Inhalt anbelangt - zu überprüfen. Das ist den entsprechenden Amtsstellen ebenso klar wie uns hier im Rat. Es wurde auch darauf hingewiesen, welche Überprüfungsarbeiten bereits im Gange sind. Die Diskussion in der Sicherheitspolitischen Kommission hat aber auch ergeben, dass die Problematisierung der Zivilschutzpflicht unausweichlich zur grundsätzlichen Debatte über die Dienstpflicht führt. Dies war wohl auch der Grund, warum die Kommission zurückhaltend wurde. Sie wollte sich nicht in diese grundsätzliche Debatte einlassen und scheute sich auch davor.

Ich bin der Ansicht, dass wir uns vor dieser Debatte aber nicht werden verstecken können. Sie kommt auf uns zu mit den Abrüstungsschritten, die in der Armee im Gang sind; sie kommt auf uns zu mit den verschiedenen Aufgaben, die wir in unserer Gesellschaft gemeinschaftlich lösen müssen und nicht mehr privatwirtschaftlich zu lösen imstande sind.

Der Ansatzpunkt, über die Dienstpflicht zum Zivilschutz nachzudenken und neue Vorschläge zu entwickeln, wäre ein richtiger Schritt in diese Richtung.

In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die Minderheit, der parlamentarischen Initiative Gross Andreas Folge zu geben.

Eberhard Anton (C, SZ), Berichterstatter: Die SiK hat die parlamentarische Initiative Gross Andreas am 26. Mai 1998 behandelt. Sie hat sich aber vorgängig, am 20. April 1998, auch über die Reformen beim Zivilschutz durch Herrn Thüring, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, und Herrn Horrisberger, Projektleiter Zivil- und Bevölkerungsschutz, ori-

Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass es unter den heutigen Umständen nicht dringend ist, die Zivilschutzgesetzgebung zu ändern. Der Reformbedarf wird zwar nicht bestritten, doch weisen nach Auffassung der Kommissionsmehrheit die bisher eingeleiteten Massnahmen in die richtige Richtung. Die Diskussion um die obligatorische Schutzpflicht kann nicht losgelöst von der laufenden Diskussion um die «Armee 200X» geführt werden.

Wir befinden uns in einer Übergangszeit, und der Zeitpunkt für eine definitive Entscheidung ist deshalb noch nicht gegeben. Ob in Zukunft die Landesverteidigung mit einer Milizoder Berufsarmee wahrgenommen wird, ist offen. Die Dienstpflicht wird wahrscheinlich erhalten bleiben. Die einen werden in einem Solidaritätskorps, die anderen in der Armee und wieder andere im Zivilschutz Dienst leisten.

Die parlamentarische Initiative stellt die richtigen Fragen; mit den Antworten sollte aber zugewartet werden, bis sich die längerfristige Entwicklung abzeichnet und der Bericht über die Sicherheitspolitik und die Konzeption der Aufgaben von «Armee 200X» sowie die Empfehlungen der Studienkommission Brunner diskutiert sind.

Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass eine Aufhebung der Zivilschutzpflicht schon deshalb abzulehnen ist, weil dadurch die Wehrpflicht in Frage gestellt werden könnte. Das Obligatorium bietet die gesetzliche Grundlage, um im Bedarfsfall Leute aufbieten zu können, ohne dass vorher



andere sich engagieren.

Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Der Zivilschutz hat in erster Linie den Auftrag, die Feuerwehr, die Polizei, die Ambulanzen, eventuell auch das Asylwesen zu unterstützen. Das erforderliche Personal kann nur bereitgestellt werden, wenn die Dienstpflicht aufrechterhalten wird. Mit Freiwilligen ist das nicht möglich.

Zur Kommissionsminderheit: Diese schliesst sich den Argumenten des Initianten an. Ihrer Meinung nach ist es nicht sinnvoll, die Dienstpflicht durchzusetzen. Diese ist nicht mehr absolut – Herr Gross hat es angeführt –: Viele Gemeinden verzichten bereits auf die Ausbildungskurse. Die Minderheit ist der Ansicht, dass diese Frage neu diskutiert und dabei insbesondere an die Ausgestaltung eines Dienstes an der Gemeinschaft gedacht werden soll. Vorstellbar wäre die Erfüllung gewisser von der Gemeinschaft zu lösenden Aufgaben – Betagtenbetreuung, Kulturgüterschutz, Sicherheitsdienst usw. –; dies würde als Ersatz der Zivilschutzpflicht gelten

Die Kommissionsmehrheit – sie vereinigte 14 Stimmen auf sich – beantragt Ihnen, der parlamentarischen Initiative Gross Andreas keine Folge zu geben.

Guisan Yves (R, VD), rapporteur: La commission convient avec l'initiant que les objectifs et les structures actuelles de la protection civile sont dépassés. Ces structures sont encore trop influencées par l'héritage historique de lutte contre les dangers nucléaires. La restructuration mise en place dans le cadre de «PC 95» a certes modifié ses attributions et son organisation, sans qu'elle soit actuellement encore pleinement finalisée dans les faits.

Il y a lieu de constater que, malgré l'abaissement de huit années de l'âge de l'obligation de servir, il y a encore trop de personnes pour trop peu de travail. Mais de l'avis du Département de la défense, de la protection de la population et des sports, l'obligation de servir doit être examinée non seulement dans le cas de la réflexion conceptuelle en cours concernant la protection de la population, mais également de celle qui concerne l'«Armée 200X». Ceci implique une professionnalisation accrue de l'armée, parallèlement au service de milice et de la création d'un corps de solidarité.

Il n'est pas exclu que cette réflexion débouche sur un service national à la communauté, avec une possibilité d'incorporation diversifiée dans l'armée, la protection civile ou ce corps de solidarité. Nous sommes donc en pleine période de transition, et une décision d'abroger l'obligation de servir paraît prématurée dans ces circonstances.

Le maintien de l'obligation de servir ne signifie pas qu'il faille organiser systématiquement des cours d'instruction chaque année. Mais elle a l'avantage de maintenir à disposition un certain nombre de personnes pour des tâches d'appui logistique diverses au gré des circonstances et sans avoir besoin de recourir à la persuasion individuelle. Il est impensable d'organiser un tel service sur la seule base du volontariat.

Enfin, la suppression de l'obligation de servir dans la protection civile pourrait remettre en cause celle de servir dans l'armée. La question doit par conséquent être examinée dans le cadre des projets en cours d'«Armée 200X» et de conception générale de la protection de la population. La Commission de la politique de sécurité suit avec beaucoup d'attention cette réflexion. Il est donc prématuré de donner suite à cette initiative avant de connaître le résultat de ces travaux.

Votre commission vous propose, par 14 voix contre 8 et avec 3 abstentions, de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Gross Andreas.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit
(keine Folge geben)
Für den Antrag der Minderheit
(Folge geben)

94 Stimmen

70 Stimmen

Petitionen Pétitions

98.2010

Petition

Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung Schluss mit Medienmacht und SRG-Monopol

Pétition

Association suisse de Télévision et de Radio Stop à la puissance médiatique et au monopole de la SSR

Hämmerle Andrea (S, GR) unterbreitet im Namen der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Anliegen der Petenten

Am 9. Dezember 1997 reichte die Schweizerische Fernsehund Radiovereinigung eine mit 20 177 Unterschriften versehene Petition ein, in der eine Totalrevision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) verlangt wird. Nach Auffassung der Petenten hat sich die schweizerische Medienlandschaft so grundlegend verändert, dass dieses Gesetz in der heutigen Fassung nicht mehr weiterbestehen kann.

Mit dieser Revision soll das heutige Monopol der SRG beendet werden, das den SRG-Verantwortlichen eine Machtstellung gesichert habe. Die Petenten erwähnen in diesem Zusammenhang den durch die SRG mitfinanzierten und mitproduzierten BBC-Film «Nazigold und Judengeld», der in ihren Augen nicht sachlich ist und im Ausland ein negatives Bild über die Schweiz hinterlässt.

Die Revision des RTVG ermöglicht nach Auffassung der Petenten auch, dass in der Schweiz ein modernes und leistungsfähiges elektronisches Mediennetz gewährleistet wird. 2. Stellungnahme des UVEK vom 21. Januar 1998

Das UVEK verweist in seiner Stellungnahme vom 21. Januar 1998 auf die Antworten des Bundesrates zu den beiden Interpellationen Reimann 97.3383 und 97.3448, in deren Zusammenhang sich der Ständerat am 25. September 1997 und am 18. März 1998 bereits mit der Frage der BBC/SRG-Koproduktion «Nazigold und Judengeld» auseinandergesetzt hat. Der Bundesrat anerkannte in seiner Antwort, dass die Koproduktion durch ihre tendenziöse Dramaturgie der Schweiz namentlich im Ausland politischen Schaden zufüge. Allerdings könne die Sendung nicht kritisiert werden, ohne die Koproduktion der SRG und die Ausstrahlung im In- und Ausland grundsätzlich auseinanderzuhalten.

Bei der Ausstrahlung im Inland stellt sich die Frage, ob die Sendung gegen die SRG-Konzession verstossen hat. Dies müsste aber nicht der Bundesrat entscheiden, sondern die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) oder allenfalls das Bundesgericht. Sollte die UBI oder das Bundesgericht zum Schluss gelangen, die SRG habe mit der Ausstrahlung in der Schweiz die Konzession verletzt, so würde der Bundesrat aufsichtsrechtliche Massnahmen erwägen. Die Ausstrahlung der Sendung durch TV-Veranstalter im Ausland entzieht sich hingegen dem Einflussbereich der schweizerischen Behörden.

Nach Auffassung des UVEK hat die SRG auf dem Markt der elektronischen Medien zwar eine privilegierte, aber keine Monopolstellung. Für die Gestaltung der audiovisuellen Medienlandschaft bleibt der Verfassungsauftrag (Art. 55bis BV) massgebend. Der Gesetzgeber hat bereits mit dem am 1. April 1992 in Kraft gesetzten Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) die Liberalisierung der elektronischen Medien eingeführt. Inzwischen ist das RTVG dem am 1. Januar 1998 in



Parlamentarische Initiative (Gross Andreas) Aufhebung des Zivilschutzobligatoriums Initiative parlementaire (Gross Andreas) Protection civile. Suppression de l'obligation de servir

In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung

Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale

Jahr 1998

Année

Anno

Band V

Volume

Volume

Session Herbstsession

Session d'automne

Sessione Sessione autunnale

Rat Nationalrat

Conseil national

Consiglio Consiglio nazionale

Sitzung 16

Séance Seduta

Geschäftsnummer 97.435

Numéro d'objet

Numero dell'oggetto

Datum 09.10.1998 - 08:00

Date

Data

Seite 2155-2160

Page

Pagina

Ref. No 20 044 621

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.